

INLAND

Salafist in Niedersachsen

Northeim – Ermittler in Niedersachsen haben einen Salafisten verhaftet, der einen Sprengstoff-Anschlag auf Polizisten oder Soldaten geplant haben soll. Bei der Durchsuchung der Wohnung des 26-Jährigen aus Northeim wurden Acetonperoxid, andere Chemikalien und elektronische Bauteile zur Herstellung einer Fernzündung für einen Sprengsatz gefunden. In einer Vernehmung räumte er ein, er habe geplant, Polizeibeamte oder Soldaten in eine Falle zu locken und sie mit einem selbstgebaute Sprengsatz zu töten. Das teilten die Generalstaatsanwaltschaft Celle und die Polizeidirektion Göttingen am Donnerstag mit. Die Ermittler nahmen den Mann, der die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, wegen Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat fest. Ein Richter erließ Haftbefehl, der Beschuldigte sitzt seit Mittwoch in der Justizvollzugsanstalt Rosdorf in Göttingen ein. Der Mann ist nach Erkenntnissen der Ermittler der salafistischen Szene zuzurechnen. Verbindungen zu einem Terror-Netzwerk bestünden nach bisheriger Kenntnis nicht. Erst vor zwei Wochen waren in Göttingen zwei Männer unter Terrorverdacht festgenommen worden. DPA

Experten-Warnung zur Maut

Berlin – Die Berechnung der Einnahmen aus der Pkw-Maut steht erneut in der Kritik. Der Nationale Normenkontrollrat der Regierung warnt in einer Stellungnahme zur geplanten Änderung des Mautgesetzes, „dass die Darstellung der erwarteten Einnahmen nicht dem Umstand Rechnung trägt, dass zukünftig die Anzahl der Pkws mit hohem Schadstoffausstoß sinken dürfte und somit die Einnahmen rückläufig sein werden“. Das beim Kanzleramt angesiedelte unabhängige Gremium prüft Vorhaben auf unnötige Bürokratie und mögliche Folgekosten. Der Normenkontrollrat verweist auf bereits früher geäußerte „Bedenken hinsichtlich der Relation zwischen dem anfallenden Erfüllungsaufwand und den zu erwartenden Einnahmen“. Die neue Kalkulation verbessere „die Einnahmen-Ausgaben-Relation geringfügig“. Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter sprach von einer „Blamage“ für Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU). Zu den möglichen Einnahmen gibt es gegensätzliche Gutachten. DPA

Dänische Grenzfragen

Flensburg – Der Vize-Chef der rechts-populistischen, EU-feindlichen Dänischen Volkspartei, Søren Espersen, hat mit Aussagen über die deutsch-dänische Grenze Aufregung verursacht. Er hatte die dänische Minderheit in Deutschland aufgefordert, an der Grenz-ziehung von 1920 zu rütteln. „Wir hätten gerne ein Dänemark bis zur Eider. Natürlich. Das muss auch die Idee der dänischen Minderheit sein, sonst verstehe ich gar nichts“, sagte der Politiker in einem Interview mit dem dänischen Sender dk4. Die Eider verläuft etwa in der Mitte Schleswig-Holsteins. Allerdings relativierte er später seine Aussage: Die Forderung habe er mit einem Lächeln auf den Lippen“ gestellt. Es gehe ihm nicht darum, einen Krieg anzuzetteln. Seine Dänische Volkspartei stellt seit 2015 die zweitstärkste Fraktion im Parlament in Kopenhagen und stützt eine rechtsliberale Minderheitsregierung. DPA

Asylverfahren dauern länger

Berlin/Nürnberg – Die Asylverfahren in Deutschland dauern im Schnitt wieder länger. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) brauchte im vergangenen Jahr für die Bearbeitung eines Antrags durchschnittlich 7,1 Monate. Im Jahr zuvor waren es nur 5,2 Monate. Das geht aus einer Antwort des Innenministeriums auf eine Anfrage der Linken im Bundestag hervor. Zuerst hatten die Zeitungen der Funke-Mediengruppe darüber berichtet. Ende 2016 waren laut der Statistik mehr als 113.000 Asylverfahren seit mehr als einem Jahr anhängig. Knapp 35.000 Geflüchtete warteten seit mehr als zwei Jahren auf eine Entscheidung. Das Ministerium begründet den Anstieg der Bearbeitungsdauer damit, dass inzwischen vermehrt komplexe Altfälle abgearbeitet würden. Anträge, die in den vergangenen sechs Monaten gestellt wurden, würden im Schnitt in 2,1 Monaten entschieden. Überdurchschnittlich lange mussten im vorigen Jahr Menschen aus Somalia (17,3 Monate) auf ihren Bescheid warten. Bei Russen waren es 15,6 Monate und bei Menschen aus Pakistan 15,5 Monate. Syrer bekamen ihren Bescheid im Schnitt nach 3,8 Monaten. DPA

Bürger für Hartz-Reform

Köln – Die Pläne von SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz für Korrekturen an den Hartz-Reformen stoßen auf breite Zustimmung in der Bevölkerung. Rund zwei Drittel der Deutschen (65 Prozent) sind dafür, dass Erwerbslose länger Arbeitslosengeld I bekommen und erst später die geringeren Hartz-IV-Leistungen erhalten, wie aus einer am Freitag veröffentlichten ARD-Umfrage hervorgeht. Schulz hatte für den Fall seiner Wahl angekündigt, die Agenda 2010, zu der auch die Hartz-Reformen gehören, zu überarbeiten. EPD

Meine Stadt, mein Fluss

Der Bund will die Jeetzel bei Hitzacker verkaufen. Jetzt hat sich der Fall zum Politikum entwickelt

VON PETER BURGHARDT

Hitzacker – Erst hielten sie es für einen Witz. Ein Teil der Jeetzel steht zum Verkauf? Ein Stück des Flusses, der die Altstadt von Hitzacker so herrlich umspült und zur Insel macht? Das konnte nicht wahr sein, dachte auch Gerd Neubauer. Er lebt seit Jahrzehnten in der niedersächsischen Provinz, wo die Jeetzel auf die Elbe trifft. Von seinem Haus am Hang schaut er auf beide Flüsse nebenan. Früher handelten die Geschichten hier von der deutschen Teilung, gegenüber lag die DDR. Ansonsten geht es immer mal wieder um Hochwasser und vor allem um schöne, stille Natur. Doch diese Meldung vom vergangenen Spätherbst war kein Scherz. Die Bundesrepublik Deutschland will allen Ernstes ihren Part der Jeetzel loswerden.

Im November hatte die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BiMA) beschlossen, 820 Meter der Jeetzel an einen Käufer abzugeben. Bisher gilt dieser Mündungsbe-reich zur Elbe als sogenannte Binnenwasserstraße des Bundes und gehört dem Staat, das war vor allem eine Folge des Kalten Krieges. Weil damals je nach Sichtweise mitten auf der Elbe oder auf der anderen Seite das andere Deutschland begann, parkte der Zoll an diesem eindeutig westlichen Ende der Jeetzel seine Schiffe. In den fünfziger Jahren ging der strategisch interessante Abschnitt in Hitzacker deshalb nach der Wiedervereinigung, möchte die BiMA das real existierende Relikt verkaufen. Wie eine geschlossene Kaserne. 88.600 Euro sollte das zunächst kosten. Frist bis zum 31. Dezember 2016.

Als die Nachricht die Runde machte, wurden der Pensionär Neubauer und andere der knapp 5000 Bewohner von Hitzacker zunächst zu besorgten bis entsetzten Bürgern. Dann verwandelten sie sich in Rechercheure, Gönnern und Aktivisten. In friedliche und kreative Kämpfer für die Jeetzel. Ihren Fluss, der da feilgeboten wurde. Gerd Neubauer sagt: „Das darf einfach nicht sein. Es geht nicht nur um die Jeetzel. Flüsse dürfen nicht privatisiert werden.“



Der Vorsitzende des Vereins „Gemeinsam für Hitzacker“ steht mit Steppjacke, Schal und Aktenordner auf der Drawehner Torbrücke, ein 72 Jahre alter Mann mit neuer Berufung. Unten fließt die Jeetzel an Trauerweiden und Fachwerkhäusern vorbei. An den Ufern liegen Ausflugsboote, das schwimmende Café Hiddos Arche und ein ausgemustertes Zollschiiff, auf dem man heiraten kann. Enten ziehen ihre Kreise. Sehr idyllisch, aber an den Geländern hängen diese Plakate. „Die Jeetzel gehört uns allen – und das soll auch so bleiben“, steht darauf und „Rettet die Jeetzel“ auf einem Rettungsring im Wasser.

Verschertbelt Deutschland mittlerweile Flüsse, noch dazu in Zeiten sagenhafter Milliardenüberschüsse? Würde irgendein fremder Investor lässig zugreifen? Vor kurzem hatte der Bund seinen letzten Transrapid versteigert, die Fleischfabrik eines einstigen Magnetbahn-Erfinders sicherte sich den Zug. Bahnhöfe kommen auch ständig unter den Hammer, in Hitzacker zog ein Kulturbahnhof ein, die Station im nahe gelegenen Lüchow wird zur Moschee umgebaut. Steht nun ein weiterer Höhepunkt auf dem deutschen Basar an?

Das erste Zugriffsrecht wurde der Kommune eingeräumt – doch Hitzacker ist klamm

Hätte das zauberhafte Hitzacker seine Jeetzel bald wie eine Schlinge um den Hals, wie eine Würgeschlange? Müssten Bootsführer künftig Maut bezahlen? Die abstruse Gefahr schien plötzlich real zu sein. Niedersachsen winkte erst ab, dabei eignen das Bundesland und der Nachbar Sachsen-Anhalt die übrigen 73 Kilometer bis zum Ursprung der Jeetzel. Gnädig räumte die BiMA das erste Zugriffsrecht der Kommune Hitzacker ein, doch die ist klamm. Noch dazu erhöhte die BiMA den Preis. Seit 14. Dezember 2016 verlangt die staatliche Immobilienagentur 95.000 Euro.

Knapp 60 Widerständler gründeten den Zusammenschluss „Gemeinsam für Hitzacker“ und gingen in die Offensive, die Politik schien überfordert zu sein. Sie trafen sich, protestierten – und sammelten. Informationen und Spenden. 51.300 Euro hatte die Initiative am Donnerstag auf ihrem Konto, „das entspricht 54 % oder 443 von 820 Metern Jeetzel“ heißt es auf der Website. Zu erwerben sind Jeetzel-Aktien mit Farbfoto. Ein Bittschreiben richtete sich sogar an das holländische Königshaus, denn der frühere Königinnengatte Claus von Amsberg kam bei Hitzacker zur Welt. „Wenn wir mit der Nummer durch sind, stellen wir den Brief im Museum aus“, sagt Gerd Neubauer und lacht. Er ist inzwischen wieder guten Mutes.

Der Vorstoß der Hitzacker-Vereinigung zeigt Wirkung, ihr Geld braucht es dabei vielleicht gar nicht. Der pensionierte Lehrer und Ingenieur Gerd Neubauer fasste sich ein Herz und sprach mit der SPD-Bun-



Wie eine Insel umfließt die Jeetzel die Altstadt von Hitzacker. Wem sollte der Fluss gehören?

FOTO: ALAMY/MAURITUS IMAGES

destagsabgeordneten Hiltrud Lotze aus der Region. Die wandte sich an zuständige Ministerien, es folgte eine Fristverlängerung für den Verkauf der Jeetzel bis zum 31. März 2017. Der Fall Jeetzel geriet zum Politikum. Anfang Februar wurden Neubauer und zwei Kollegen zur rot-grünen Regierung nach Hannover geladen und beruhigt: Niedersachsen verhandle mit der BiMA. „Das Land lehnt die Übernahme der Jeetzel nicht strikt ab“, gab Umweltminister Stefan Wentzel von den Grünen auch in einer Antwort auf eine Anfrage der FDP bekannt. Wegen seiner Bedeutung für den Wasserschutz sei „ein Verbleib in öffentlicher Hand gerechtfertigt“, heißt es aus dem Ministerium. Es geht um „ein Gewäs-

ser erster Güte“, so nennt sich das.

Geeinigt haben sich Niedersachsen und Deutschland noch nicht. Es geht um die Frage, was die Passage der Jeetzel wirklich kosten soll. Wichtig ist der Flusslauf nicht nur, weil er außer Einheimischen auch Touristen gefällt. Sondern auch deshalb, weil er Hitzacker mit seinen Schleusen und Pumpen vor Fluten schützen soll. Allerdings kann der Unterhalt teuer werden.

Die BiMA versichert, der Markt bestimme den Preis. Das Gesetz schreibe vor, wie mit Liegenschaften umzugehen sei, darauf achte der Bundesrechnungshof. Niedersachsen will prüfen, zu welchen Konditionen seinerzeit der Bund sein Flussfragment bekommen hatte. Die Verteidiger der Jeetzel sind

zuversichtlich. Ein bisschen erinnert ihr Erfolg an die Atomkraftgegner von Gorleben 30 Kilometer elbaufwärts im Wendland.

Gerd Neubauer sitzt jetzt in seinem Wohnzimmer, im offenen Kamin brennt das Feuer. Er erzählt, wie ihm das Hochwasser 2006 bis zur Treppe stand. Wie 1989 die Grenze zur DDR fiel und sie endlich auf die andere Seite der Elbe konnten, heute ist da drüben ebenfalls Niedersachsen. Für den 4. März hat der Verein „Gemeinsam für Hitzacker“ einen „Jeetzeltag“ geplant, da sollte wieder demonstriert und gespendet werden. Wenn das mit Bund und Land vernünftig ausgeht, dann wird das womöglich ein Fest. Dann bekommen die Jeetzel-Aktionäre am Ende ihr Geld zurück.

Türkische Lehrprobe

Auch Lehrer sollen in NRW auf Anweisung aus Ankara bespitzelt worden sein

Düsseldorf – Das Generalkonsulat der Republik Türkei hatte eingeladen. Zu dem Treffen an einem Sonntagnachmittag im Januar kamen Vertreter türkischer Elternvereine und Lehrerverbände in das nächste Bürogebäude im linksrheinischen Teil Düsseldorfs. Der Erziehungsattaché war anwesend, auch Imame sollen dabei gewesen sein. Ähnliche Treffen gab es in den vergangenen Wochen auch in den Konsulaten in Essen, Köln und Münster, und eigentlich erregten diese seit Jahrzehnten regelmäßig tagenden Gesprächsrunden in ruhigen Zeiten nie Aufsehen: Man unterhält sich über Probleme türkischer Schüler in den Schulen Nordrhein-Westfalens.

Von „Mundtot-Machung“ und „methodischer Einschüchterung“ ist die Rede

Diesmal aber schafften es diese Treffen in die Schlagzeilen. Der Verdacht: Die Konsulate könnten dabei Eltern und sogar Schüler aufgefordert haben, Lehrer zu bespitzeln und zu denunzieren, die sich kritisch über den in Ankara zunehmend autoritär regierenden Präsident Recep Tayyip Erdoğan äußern. Das jedenfalls haben gleich mehrere Lehrer aus den Konsulatsrunden Süleyman Ateş erzählt. Der Ex-Lehrer aus Köln, Mitglied des Bundesausschusses Migration der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), ging an die Öffentlichkeit. Die Konsularbeamten „haben den Eltern und Lehrern nahegelegt, als Patrioten aktiv zu werden und jeden an die Konsulate zu melden, der sich kritisch gegen Erdoğan äußert oder den Genozid an den Armeniern erwähnt“, erzählt Ateş. Der stellvertretende GEW-Landesvorsitzende Sebastian Krebs spricht von „methodischer Einschüchterung“ und der „Mundtot-Machung von Kritikern“ – „das geht gar nicht“. Er habe sich selbst bei einigen der Teilnehmer der Runde vergewissert, die ihm bestätigt hätten, dass es zu solchen Denunziations-Aufforderungen gekommen sei. Öffentlich aber „traut sich niemand von ihnen zu sprechen“, sagt Ateş, „sie haben alle fürchterliche Angst“.

Die Landesregierung reagierte nach Angaben eines Sprechers sofort, als sie von den Vorwürfen erfuhr. Die Polizei habe die

Staatsanwaltschaft Düsseldorf um eine Würdigung gebeten, ob sie Anlass für die Aufnahme von Ermittlungen sieht, Ergebnis noch offen. Schul-Staatssekretär Ludwig Hecke (Grüne) forderte die Generalkonsulate zu einer Stellungnahme auf. Träfen die Vorwürfe zu, wäre das für die Landesregierung „inakzeptabel“, sagte ein Sprecher des Schulministeriums. Im Düsseldorfer Generalkonsulat wollte man die Sache auf Anfrage der Süddeutschen Zeitung nicht kommentieren.

Allerdings gibt es auch Teilnehmer, die mit einem völlig anderen Eindruck von den Konsultatsgesprächen gingen. Was die GEW behauptete, sei „totaler Unsinn“, sagt Ali Sak. Der Vorsitzende der Föderation türkischer Elternvereine in Deutschland war bei dem dreieinhalbstündigen Treffen in Düsseldorf und auch kurz bei einem in Essen dabei. Es sei dabei unter anderem tatsächlich um Beschwerden türkischer Eltern gegangen, die sich aus Ärger darüber an die Konsulate gewendet hätten, dass Lehrer im Unterricht die Armenien-Massaker von 1917 als Völkermord bezeichnen – und angeblich Erdoğan mit Hitler vergli-

chen wurde. Auch über die Gründung einer Kommission, die solche Beschwerden sammeln sollte, sei geredet worden – aber allein darum, um verärgerten Eltern Ansprechpartner in den lokalen Elternvereinen zu geben, die Probleme – wie: „Ayşe fühlt sich wegen ihrer Meinung zu Armenien in der Klasse in die Ecke gedrängt“ – im Dialog mit den Schulen bereden könnten. Sak, Vorstandsmitglied in der sozialdemokratisch geprägten Türkischen Gemeinde in Deutschland, ist durchaus kein Erdoğan-Fan, er persönlich halte die derzeitige Politik des türkischen Präsidenten für „gefährlich“, sagt er. Aber er sorge sich auch um die Lehrer, „die nun von den eigenen Kollegen als Spione verdächtigt werden“.

Erst vor einer Woche hatte die Polizei in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz Wohnungen mehrerer Imame des dem türkischen Staat nahestehenden Islamverbands Diti durchsucht. Sie stehen unter dem Verdacht, auf Anordnung aus Ankara Gegner Erdoğan in Deutschland ausgespäht zu haben. Auf der Liste der insgesamt 33 Bespitzelten finden sich auch fünf Lehrer aus NRW. JAN BIELICKI

„Nicht erwünscht“

Die nordrhein-westfälische Landesregierung setzt sich dafür ein, einen möglichen Wahlkampfauftritt des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan in Deutschland zu verhindern. „Es ist Aufgabe des Bundes, dafür zu sorgen, dass solche Auftritte weder in NRW noch irgendwo anders in Deutschland stattfinden“, sagte Landesinnenminister Ralf Jäger (SPD) dem Kölner Stadt-Anzeiger. Es gehe um Missbrauch der Meinungsfreiheit. Die Bild-Zeitung hatte am Mittwoch berichtet, Erdoğan plane einen Auftritt in Nordrhein-Westfalen im März. Eine offizielle Bestätigung dafür gibt es allerdings bislang nicht. Auch Grünen-Chef Cem Özdemir sieht Berlin am Zug: „Die Bundesregierung sollte ihm deutlich machen, dass er vor dem Referendum hier nicht erwünscht ist“. Die Türken stimmen im April über die Einführung eines Präsidialsystems ab, das Erdoğan mehr Macht geben würde. Auch Türken im Ausland dürfen abstimmen. SZ, DPA



Linientreu: Anhänger des türkischen Präsidenten bei einer Pro-Erdogan-Demo in Köln im Juli 2016. FOTO: H. KAISER/DPA

99,9 Prozent

Innenminister de Maizière stellt noch sicherere Pässe vor

Berlin/München – Modernste Materialien, zeitgemäße Sicherheitsmerkmale, Reisekomfort. Das waren die Stichworte an diesem Donnerstag in Berlin. Und als dann noch vom hohen internationale Ansehen und einer neuen Generation die Rede war, hätten Ahnungslose vielleicht meinen können, es handle sich um die Präsentation eines neuen Autos – aber nein, Innenminister Thomas de Maizière hat den neuen Reisepass vorgestellt. Der Dokument soll vom 1. März an ausgegeben werden. Alte Dokumente behalten ihre Gültigkeit bis zum angegebenen Datum. Die wichtigsten Details im Überblick:

Warum schon wieder ein neuer Pass?

Der deutsche Reisepass ist als einer der fälschungssichersten weltweit anerkannt. Der im Jahr 2005 erstmals mit einem elektronischen Speichermedium (Chip) ausgegebene Reisepass ist zuletzt 2007 geändert worden. Jüngst hatte die europäische Polizeibehörde Europol vor der zunehmenden Nutzung von gefälschten Pässen durch Kriminelle gewarnt. Wer einen sehr gut gefälschten Ausweis besitze, habe gerade in Zeiten verstärkter Migration gute Chancen, „durch Polizeikontrollen zu kommen oder sich sogar unentdeckt per Flugzeug innerhalb Europas zu bewegen“, sagte der Leiter des Europäischen Zentrums zur Bekämpfung der Migrantenschleusung, Robert Crepinks, der Welt. Kriminelle versuchten auf diese Weise, vom Radar der Sicherheitsbehörden zu verschwinden. Im vergangenen Jahr sei es Europol gelungen, mehrere Fälscherwerkstätten auszuheben, unter anderem in Griechenland. De Maizière sagte dazu: „Im weltweiten Reiseverkehr ist ein hohes Maß an Sicherheit unabdingbar. Die zeitgemäßen Sicherheitsmerkmale verfügt. Sie gewährleisten zuverläßigen Schutz vor Fälschung oder Missbrauch des deutschen Passdokuments und ermöglichen mehr Komfort auf Reisen durch eine sichere und schnelle Identitätsüberprüfung.“ Der Vorsitzende der Geschäftsführung der Bundesdruckerei, Ulrich Hartmann, sprach von 99,9 Prozent Fälschungssicherheit.

Welche Merkmale sind neu?

Der neue Pass hat ein neues Design und ist etwas kleiner als der bisherige. Die Pass-



Die Farbe bleibt gleich, das Format wird ein bisschen kleiner. FOTO: M. KAPPELER/DPA

buch-Innenseiten bestehen aus einem Sicherheitspapier mit Halbton-Wasserzeichen und weiteren Sicherheitsmerkmalen. Auf der rechten Seite der Passkarte befindet sich nun ein kleines Sichtfenster. In einer darin integrierten Struktur sind personalisierte Informationen enthalten. Unter UV-Licht ist auf den Mittelseiten das Brandenburger Tor zu sehen. Auch in den neuen Reisepass ist ein Chip eingebaut, in dem etwa biometrische Daten des Inhabers gespeichert sind, zum Beispiel der Fingerabdruck. Der Einsatz neuer Materialien soll den Pass nutzerfreundlicher machen. Die bisherige Hardcover-Passdecke wird durch eine kleinere und deutlich flexiblere Passdecke ersetzt.

Was kostet der neue Pass?

Die seit zwölf Jahren unveränderte Gebühr von 59 Euro wird ab 1. März 2017 auf 60 Euro aufgerundet. Personen, die das 24. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, zahlen weiterhin 37,50 Euro, teilt das Innenministerium mit. De Maizière sprach augenzwinkernd von einem „Schnäppchen“.

Was ist mit den alten Pässen?

Alle aktuellen Reisepässe behalten ihre Gültigkeit bis zum Ablauf des jeweiligen, auf der Passkarte angegebenen Gültigkeitsdatums, teilt das Ministerium mit. „Wer einen gültigen Reisepass besitzt, kann diesen daher ohne Einschränkungen weiternutzen.“ DPA, AFP, SZ